

Jan Goebel, Peter Krause

## Gestiegene Einkommensungleichheit in Deutschland

*Seit dem Jahr 2000 ist in Deutschland ein markanter Anstieg der Ungleichheit der Einkommen der privaten Haushalte zu beobachten. Damit verbunden haben sich auch die Armutsrisiken deutlich erhöht. Welche Ursachen haben zu dem Anstieg der Einkommensungleichheit geführt? Welche Entwicklungen sind bei den individuellen Erwerbseinkommen der Personen im erwerbsfähigen Alter zu verzeichnen und welche Auswirkungen haben diese auf die Verteilung der Haushaltseinkommen in der Bevölkerung insgesamt?*

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte – der zentrale Indikator für das Wohlstandsniveau in der Bevölkerung – weist in den letzten Jahren in Deutschland eine neuerlich zunehmende Spreizung auf. Zudem stagniert das mittlere Realeinkommen seit Beginn der 90er Jahre und ist in den letzten Jahren sogar eher rückläufig. Infolge der gestiegenen Ungleichheit der Verteilung bei stagnierenden mittleren Einkommen haben sich die Abstände zwischen Arm und Reich erhöht; die Armutsrisikoquoten liegen in den letzten Jahren deutlich über dem Niveau der 90er Jahre. Diese Ergebnisse gehen übereinstimmend aus verschiedenen Studien hervor.<sup>1</sup> Mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) können die jährlichen Entwicklungen für den Zeitraum 1985 bis 2006 im Detail nachvollzogen werden (vgl. die Übersicht zur Datenbasis und den Einkommensdefinitionen).

Die Zunahme der Einkommensungleichheit geht aus dem Verlauf der jährlichen Werte des Gini-Koeffizientens hervor, einem aggregierten Verteilungsmaß mit Werten zwischen 0 (vollkommene Gleichverteilung) und 1 (vollkommene Ungleichheit) beziehungsweise in der prozentuierten Darstellungsweise mit Werten zwischen 0 und 100 (vgl. Abbildung 1). Betrachtet man den Verlauf der direkt erfragten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen<sup>2</sup> (vgl. Abbildung 1, unterste Linie) so sind seit Mitte der 80er Jahre in Westdeutschland und ab 1990 in Deutschland insgesamt bis 2000 lediglich leichte Schwankungen bei weitgehender Stabilität festzustellen – Mitte der 90er Jahre hat sich die Einkommensungleichheit etwas erhöht, ist dann aber in der

zweiten Hälfte der 90er Jahre wiederum – wahrscheinlich konjunkturell bedingt – etwas zurückgegangen. Ab 2000 ist bei dieser Einkommensmessung ein Ansteigen der Ungleichheit bis auf ein Niveau, das deutlich über dem der 90er Jahre liegt, zu beobachten.

Werden anstelle der direkt erfragten zeitpunktbezogenen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen die generierten verfügbaren Einkommen des Vorjahres (vgl. Abbildung 1, zweite Linie von unten) zugrunde gelegt, so zeigen sich dieselben Schwankungen im langjährigen Verlauf. Allerdings ist bei diesem Einkommensmaß, in das auch unterjährige Einkommen (z.B. Weihnachtsgelder, Boni oder Steuerrückzahlungen) und Schwankungen eingehen, bereits seit Beginn der 90er Jahre eine zunächst leichte Zunahme der Einkommensungleichheit zu beobachten, die sich nach 2000 aber dramatisch erhöht.

Die Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres werden generiert aus den Angaben der einzelnen Haushaltsmitglieder zu den zugrunde liegenden

<sup>1</sup> Vgl. Jens Alber: Und es gibt sie doch: die Unterschicht. [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/dokumentation/?em\\_cnt=1060903&2006](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/dokumentation/?em_cnt=1060903&2006); Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn 2005; Jan Goebel, Roland Habich, Peter Krause: Einkommen – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2006, Teil II, S. 607-627; Jan Goebel, Maria Richter: Deutliche Einkommensänderungen durch die Einführung von Arbeitslosengeld II, DIW Berlin 2007, Wochenbericht Nr. 50; Richard Hauser: Impulsreferat 1: Integrierte Analyse von Einkommen und Vermögen – Forschungsstand und Ausblick, in: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Dokumentation Weiterentwicklung der Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung, Reihe Lebenslagen in Deutschland, Bonn 2007, S. 12-29; Heinz-Herbert NoII, Stefan Weick: Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen. Indikatoren und Analysen zur Entwicklung der Ungleichheit von Einkommen und Ausgaben, Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), 33, 2005, S. 1-6.

<sup>2</sup> Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen wird im Haushaltsfragebogen direkt von der Bezugsperson im Haushalt angegeben. Es bezieht sich auf das normale verfügbare monatliche Einkommen des kompletten Haushalts nach Steuern und Transfers.

*Dr. Jan Goebel, 36, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozio-oekonomischen Panel, DIW Berlin; Dr. Peter Krause, 51, ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der FU Berlin.*

### Definitionen und Methoden

Die Analyse erfolgt anhand der Daten des vom DIW Berlin zusammen mit Infratest Sozialforschung erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 jährlich bundesweit durchgeführt wird.<sup>1</sup> Im Einzelnen liegen diesem Beitrag folgende Definitionen und Variablen zugrunde:

- Alle Einkommensangaben werden durchgehend in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene und repräsentieren die gesamte in privaten Haushalten lebende Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (z.B. in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.
- Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung werden mithilfe von Pro-Kopf-Bedarfsgewichten vergleichbar gemacht. Die Bedarfsgewichte für die Berechnung der Äquivalenzeinkommen entsprechen der neuen OECD-Skala. Der Haushaltsvorstand erhält dabei ein Gewicht von 1, jede weitere erwachsene Person von 0,5 und jedes Kind von 0,3. Als Kind gilt, wer das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.
- Die Einkommen werden zu Preisen von 2005 ausgewiesen. Um vor allem für die erste Hälfte der 90er Jahre wirksame Kaufkraftunterschiede zu berücksichtigen, werden bis zum Erhebungsjahr 1997 die Einkommen in den alten und neuen Ländern jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst. Die Anpassung der Preisindizes erfolgt bei den Einkommensangaben zum Vorjahr für das jeweils dem Erhebungsjahr vorausgehende Einkommensjahr.
- Als einkommensarm gilt, wer unter die Armutsgrenze fällt. Diese liegt nach einer europäischen Konvention bei 60% des Medians der jährlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (auf der Basis von Gesamtdeutschland).

<sup>1</sup> Vgl. [www.diw.de/soep](http://www.diw.de/soep) und Gert G. Wagner, Joachim R. Frick, Jürgen Schupp: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancement, in: Schmollers Jahrbuch, Journal of Applied Social Studies, Vol. 127(1), 2007, 139–169.

Markteinkommen,<sup>3</sup> der Einrechnung gesetzlicher Rentenzahlungen und der bezogenen Transferleistungen,<sup>4</sup> abzüglich der Abgaben für direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Die Haushaltsmarkteinkommen sind somit eine berechnete Größe über die im Haushalt erzielten Erträge, bevor durch Renten, Sozialtransfers sowie durch Abgaben und Steuern die Umverteilungswirkungen des Staates zum Tragen kommen.

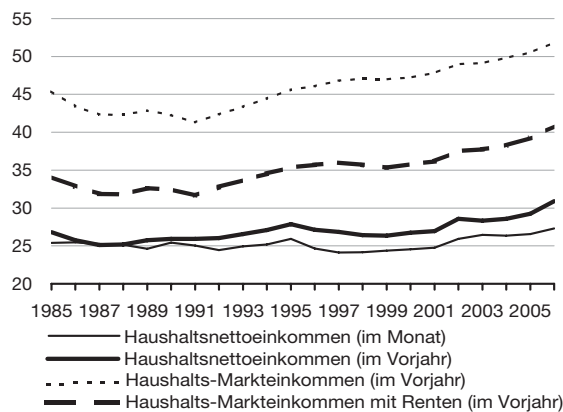
<sup>3</sup> Die Markteinkommen setzen sich zusammen aus den erzielten Bruttoerwerbseinkommen, den Kapitaleinkommen einschließlich privater Rentenleistungen und privater Transfers.

<sup>4</sup> Bezogene Transferleistungen sind im Wesentlichen Kindergeld, BaFög, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe bzw. Arbeitslosengeld II.

### Abbildung 1

#### Veränderung der Verteilung bei verschiedenen Haushaltseinkommen<sup>1</sup> 1985 bis 2006

(Gini-Koeffizient in %)



<sup>1</sup> Haushaltseinkommen, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2005 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten. Vorjahresangaben: 1985-91 West, ab 1992 Gesamtdeutschland; Monatsangaben: 1985-89 West, ab 1990 Gesamtdeutschland.

Quellen: SOEP.

Betrachtet man nun den Ungleichheitsverlauf der generierten „Haushaltsmarkteinkommen“ (vgl. Abbildung 1, oben), so zeigt sich seit der deutschen Vereinigung zu Beginn der 90er Jahre eine starke kontinuierliche Zunahme der Ungleichheit dieser Einkommenskomponente. Diese kann nicht auf die zunehmende Altersbelastungen durch eine erhöhte Zahl von Renteneempfänger zurückgeführt werden, denn, werden die Renten beim Markteinkommen einbezogen (vgl. Abbildung 1, zweite Linie von oben), so sinkt erwartungsgemäß insgesamt zwar die Ungleichheit, der kontinuierliche starke Anstieg der Ungleichheit seit Beginn der 90er Jahre bleibt aber auch bei dieser Einkommensbetrachtung in gleicher Weise erhalten. Der seit Beginn der 90er Jahre zu beobachtende ungebrochene starke Anstieg der Ungleichheit der im Haushalt erzielten Markteinkommen ist der eigentliche Motor der zunehmenden Abstände zwischen Arm und Reich.

#### Stagnierende Realeinkommen und erhöhte Polarisierung

Steigende Ungleichheit geht üblicherweise entweder einher mit sinkenden Realeinkommen bei Teilen der Bevölkerung oder aber mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Teilhabe an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung – wenn etwa die Einkommen im höheren Bereich schneller wachsen als bei der Bevölkerung mit niedrigeren Einkommenslagen. Für die betroffenen Bevölkerungsschichten macht

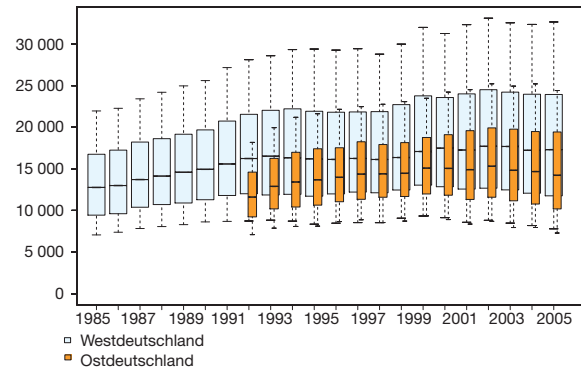
es aber einen wesentlichen Unterschied, ob sich die Einkommen im Zuge der zunehmenden Ungleichheit nur langsamer erhöht haben oder aber real gesunken sind. Abbildung 2 zeigt die langjährige Entwicklung des realen verfügbaren Einkommens des Vorjahres für unterschiedliche Einkommensschwelen im West-Ost-Vergleich.

Bei der Darstellung in Abbildung 2 werden Niveau und Verteilung der Einkommen gleichzeitig betrachtet: Die Breite der so genannten Boxplots gibt den jeweiligen Bevölkerungsumfang an; die mittlere Linie der Blöcke stellt den jeweiligen Median dar, also den Einkommensschwelenwert, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung unter- bzw. überschritten wird. In analoger Form geben die Ober- und Untergrenzen der Blöcke (Boxen) die Einkommensschwelen wieder, die zusammen 50% der Bevölkerung mit mittleren Einkommen umfassen (das 25%- und 75%-Quantil). Die äußeren Linien veranschaulichen schließlich die so genannten Dezilsschwelen, die die jeweils reichsten bzw. ärmsten 10% der Bevölkerung abgrenzen; sie beschreiben also die Einkommensspanne, die das Wohlstandsniveau der mittleren 80% der jeweiligen Bevölkerung ohne die jeweils reichsten und ärmsten 10% umfasst. Die zunehmende Ungleichheit wird in dieser Abbildung anhand des zunehmenden Abstands zwischen den unteren und oberen Einkommensschwelen deutlich.

Die Abbildung zeigt in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in Westdeutschland einen Realeinkommensanstieg, an dem alle Einkommensschichten, wenn auch in unterschiedlichem Maße, partizipiert haben. Ab der Vereinigung wird veranschaulicht, wie sich die Realeinkommen in Ostdeutschland bis zur zweiten Hälfte der 90er Jahre schrittweise an die Westeinkommen angeglichen haben. In den letzten Jahren ist jedoch wieder eine zunehmende Diskrepanz zwischen West- und Osteinkommen zu beobachten. In Westdeutschland wiesen die Realeinkommen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre noch höhere Wachstumsraten auf, die sich aber seit Beginn der 90er Jahre deutlich abflachten. Die Abbildung macht nicht nur deutlich, dass die Streuung der Einkommen in Ostdeutschland weit weniger ausgeprägt ist als in Westdeutschland, sondern zeigt auch, dass dies vor allem an der geringeren Differenzierung im oberen Einkommenssegment liegt.<sup>5</sup> Im unteren und mittleren Einkommensbereich ist in den letzten Jahren sogar ein Rückgang an realer Kaufkraft zu beobachten, die Bevölkerung in Ostdeutschland ist von dieser Entwicklung überproportional betroffen.

<sup>5</sup> Vgl. J. Goebel, P. Krause, T. Zähle: Dynamik von Einkommen und Armut in Ost- und West-Deutschland, in: Sozialer Fortschritt, 56(7), 2007.

**Abbildung 2**  
**Entwicklung des jährlichen**  
**Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens**  
(in Euro)

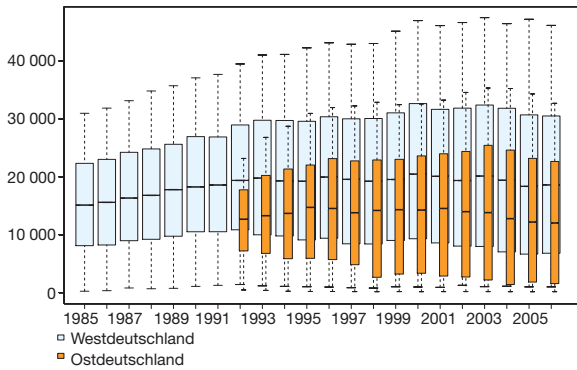


Daran anknüpfend werden in den folgenden Abbildungen in gleicher Weise die Realeinkommensentwicklung in West- und Ostdeutschland seit Mitte der 80er Jahre für die Haushaltsmarkteinkommen (vgl. Abbildung 3) sowie für die Haushaltsmarkteinkommen einschließlich der gesetzlichen Renten (vgl. Abbildung 4) dargestellt. Die mittleren Einkommensschwelen (Median) zeigen für die reinen Markteinkommen seit Beginn der 90er Jahre Schwankungen ohne längerfristige Einkommenszuwächse – in den letzten Jahren haben die mittleren Markteinkommen sogar an Kaufkraft verloren; in Ostdeutschland setzt diese Entwicklung früher ein und ist auch stärker ausgeprägt. Im unteren Einkommensbereich sind die Realeinkommen sogar seit Beginn der 90er Jahre stufenweise gesunken. Das Einkommensniveau des 25%-Quantils (d.h. des untersten Einkommensviertels der Verteilung in der Bevölkerung) liegt in Westdeutschland inzwischen deutlich unterhalb der Vergleichswerte am Ende der 80er Jahre. In Ostdeutschland sind die Werte unmittelbar nach der Vereinigung nur bedingt vergleichbar, sie zeigen aber ebenfalls einen starken negativen Trend und liegen weit unter dem westdeutschen Niveau.

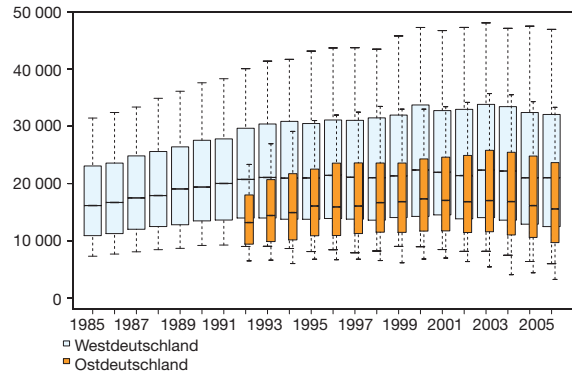
Werden bei dieser Betrachtung die Bezüge der gesetzlichen Alterssicherung einbezogen (Abbildung 4), so relativiert sich das Bild zwar, der allgemeine Trend des Rückgangs der von den privaten Haushalten am Markt erzielten Realeinkommen vor allem in den unteren Einkommenslagen sowie die stärkere Betroffenheit des Realeinkommensrückgangs in Ostdeutschland bleibt jedoch auch in dieser Darstellung erhalten. Selbst bei den höheren Einkommensschwelen (75%-Quantil) sind die Realeinkommen in den letzten Jahren gesunken.

Infolge dieser Entwicklung haben sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den letzten

**Abbildung 3**  
**Entwicklung des jährlichen Haushaltmarkt-  
 äquivalenzeinkommens mit privaten Renten**  
 (in Euro)



**Abbildung 4**  
**Entwicklung des jährlichen Haushaltmarkt-  
 äquivalenzeinkommens mit gesetzlichen Renten**  
 (in Euro)



Jahren – bis zum Rand des Daten- und Analysezeitraums – zunehmend polarisiert (vgl. Tabelle). Der Bevölkerungsanteil in prekären Einkommenslagen mit Einkommen von weniger als 70% des Medians ist in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Der Bevölkerungsanteil in gesichertem Wohlstand mit Einkommen von mehr als 150% des Medians ist bereits seit Beginn der 90er Jahre sukzessive angewachsen und der verbleibende Bevölkerungsanteil in mittleren Einkommenslagen hat sich verringert.

Noch deutlicher gehen die Polarisierungstrends aus der Entwicklung der Haushaltseinkommen vor und nach Einbeziehen der gesetzlichen Rentenleistungen hervor. Nach diesen Darstellungen unterliegen die Haushaltseinkommen bereits seit Beginn der 90er Jahre bis 2005 einem kontinuierlichen Trend zunehmender Polarisierung, der durch sozialstaatliche Maßnahmen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in seiner Wirkung auf die Verteilung der verfügbaren Einkommen zunächst abgefedert werden konnte. Dieser Trend zunehmender Ungleichheit der Markteinkommen ist bis 2005 ungebrochen und schlägt seit den letzten Jahren mehr und mehr auf die Verteilung der verfügbaren Einkommen im Haushalt durch. Der höhere Anteil an Rentnern unterstreicht noch die Zunahme der Polarisierung der Haushaltseinkommen, die hohe Steigerung ist indes nicht durch demografische Effekte verursacht, sondern geht auf die Veränderungen der Verteilung der Haushaltseinkommen in der Bevölkerung zurück.

#### **Markteinkommen und Umverteilung durch Sozialstaat und Privathaushalte**

Welche Arbeitseffekte im Detail zu dem starken Anwachsen der Ungleichheit der Haushaltseinkommen in der Bevölkerung insgesamt geführt haben, Wirtschaftsdienst 2007 • 12

ist im Einzelnen schwierig zu klären. Eine wesentliche Ursache ist sicherlich in Veränderungen der individuellen Arbeitsmarktteilnahme bzw. Nicht-Teilnahme (Arbeitslosigkeit) zu suchen. Im langfristigen Vergleich sind hierbei die Zunahme des Anteils der Personen ohne Erwerbsbezug, eine zunehmende Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt in Westdeutschland und eine von vornherein höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ostdeutschland sowie Veränderungen im Lohngefüge zu berücksichtigen.

Die Ungleichheit der individuellen Erwerbseinkommen aller Personen (d.h. einschließlich derjenigen ohne Erwerbseinkommen) im erwerbsfähigen Alter (um Einflüsse durch verlängerte Ausbildungszeiten einzuschränken, wird hierbei die Gruppe von 25-64 Jahren betrachtet) ist bis zu Beginn der 90er Jahre infolge erhöhter Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie sinkender Spreizung der Erwerbseinkommen der Männer am Ende der 80er Jahre zunächst stark gesunken (vgl. Abbildung 5). Seit der Vereinigung zu Beginn der 90er Jahre ist indes ein stetiger Anstieg der Ungleichheit der am Arbeitsmarkt erzielten Einkommen aller Erwerbspersonen zu beobachten. Das Ungleichheitsniveau der Erwerbseinkünfte aller Personen im Alter von 25-64 Jahren hat inzwischen Vergleichswerte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre erreicht.

Erwartungsgemäß weist diese Entwicklung deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede auf: Die Ungleichheit der positiven Erwerbseinkommen ( $>0$ ) von Männern – diese bilden das Gros der gesamten Erwerbseinkünfte – ist seit Ende der 80er Jahre kontinuierlich gestiegen. Werden die fehlenden Erwerbseinkünfte ( $\geq 0$ ) einbezogen, so verschiebt sich nicht nur das Niveau, sondern verstärkt sich auch der Un-

## Polarisierung bei verschiedenen Haushaltseinkommen

Jahr	Personenanteile in % der Höhe des ...								
	Haushaltsmarkteinkommen			Haushaltsmarkteinkommen inklusive Rentenzahlungen			Haushaltsnettoeinkommen		
	< 70% des Medians	70-150% des Medians	>150% des Medians	< 70% des Medians	70-150% des Medians	>150% des Medians	< 70% des Medians	70-150% des Medians	>150% des Medians
1985	33,4	41,5	25,1	27,3	50,7	22,0	21,2	62,8	16,0
1986	33,4	41,5	25,2	27,5	51,0	21,5	20,7	62,9	16,4
1987	32,9	42,3	24,8	26,6	51,4	22,0	19,7	64,0	16,3
1988	32,5	42,7	24,9	25,5	52,1	22,3	19,9	63,9	16,2
1989	33,6	42,6	23,8	28,1	51,3	20,6	20,1	63,8	16,1
1990	32,4	43,0	24,6	25,8	51,8	22,4	19,7	64,1	16,2
1991	32,7	44,0	23,3	26,7	52,6	20,8	20,3	62,6	17,0
1992	33,1	42,0	24,8	27,3	50,0	22,7	20,5	61,8	17,8
1993	35,4	37,7	26,9	28,6	47,7	23,6	21,6	60,3	18,1
1994	35,5	37,5	27,0	28,2	47,4	24,5	21,0	60,5	18,5
1995	36,3	36,4	27,3	28,5	47,4	24,1	22,3	59,6	18,1
1996	36,2	35,6	28,2	30,1	46,4	23,6	20,9	61,3	17,8
1997	37,3	34,0	28,8	29,0	46,3	24,8	19,6	62,6	17,8
1998	37,2	33,5	29,3	28,9	45,8	25,3	19,4	62,7	17,9
1999	36,8	33,8	29,4	28,3	46,3	25,4	18,4	62,6	19,0
2000	37,8	33,8	28,4	29,5	45,5	25,1	19,3	61,8	18,9
2001	37,1	33,8	29,1	28,5	46,6	24,9	20,8	61,1	18,1
2002	37,8	32,4	29,8	29,6	44,3	26,1	21,7	58,7	19,6
2003	38,4	31,1	30,5	30,5	43,0	26,5	23,4	57,7	18,9
2004	38,9	29,2	31,9	31,3	42,2	26,5	23,8	57,0	19,3
2005	39,3	27,9	32,8	31,1	41,6	27,3	24,5	55,1	20,4
2006	39,8	26,9	33,4	32,0	41,2	26,8	25,8	53,9	20,3

gleichheitsanstieg.<sup>6</sup> Die gestiegene Ungleichheit der Erwerbseinkommen von Männern im Alter von 25-64 Jahren seit Beginn der 90er Jahre geht einerseits auf die zunehmende Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt und andererseits auf eine wachsende Spreizung der eigentlichen Erwerbseinkommen zurück. Die Ungleichheit der Erwerbseinkommen von Frauen ist infolge der hohen Teilzeitquote sowie der geringeren Arbeitsmarktbeteiligung höher als die der Männer. Im zeitlichen Verlauf hat sich die Spreizung der eigentlichen Erwerbseinkommen (>0) am Ende der 80er Jahre zunächst nicht verändert; mit der Vereinigung hat sich infolge der hohen Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland die Ungleichheit verringert und verblieb auf diesem Niveau bis gegen Ende der 90er Jahre. Seit der Jahrhundertwende ist indes die Ungleichheit der positiven Erwerbseinkommen der Frauen stark gestiegen. Die Ungleichheit der Erwerbseinkünfte aller Frauen im Alter von 25-64 Jahren (Erwerbseinkommen  $\geq 0$ ) ist infolge der geringeren Beteiligung am Arbeitsmarkt wesentlich höher. Die Spreizung der am Arbeitsmarkt erzielten Einkünfte ist infolge der zunehmenden Arbeitsmarktbeteiligung bis zu Beginn der 90er Jahre zunächst stark zurückgegangen, bewegt sich seitdem

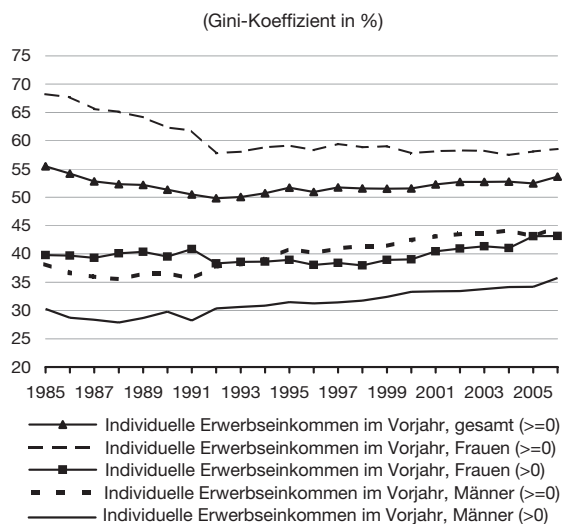
aber auf etwa gleichem Niveau. Die ungleichheitsreduzierende Wirkung durch die weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung sowie die weitere Spreizung der eigentlichen Erwerbseinkünfte halten sich hierbei wohl die Waage.

Zusammenfassend geht der Anstieg der Ungleichheit der individuellen Erwerbseinkünfte von Personen im Alter von 25-64 Jahren vor allem auf die zunehmende Spreizung der Erwerbseinkommen (>0) der Männer zurück, die in den letzten Jahren durch einen starken Anstieg der Ungleichheit der eigentlichen Erwerbseinkünfte (>0) der Frauen noch verstärkt wird. Die zunehmende Ausgrenzung von Männern im erwerbsfähigen Alter aus dem Arbeitsmarkt verstärkt ebenfalls noch die Ungleichheitsentwicklung, wohingegen die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen sich ungleichheitsreduzierend auswirkt.

In welchem Umfang es gelingt, die steigende Ungleichheit durch sozialpolitische Maßnahmen zu reduzieren, geht aus dem Verhältnis der Ungleichheit der Haushaltsmarkteinkommen und der Haushaltsnettoeinkommen hervor (vgl. Abbildung 1 und 6). Die Haushaltsmarkteinkommen repräsentieren die im Haushalt von allen Mitgliedern zusammen am Markt – das ist allem voran der Arbeitsmarkt – erzielten Einkommen vor Eingriff des Staates durch gesetzliche Transfers sowie Steuern und Sozialabgaben. Die daraus abgeleiteten

<sup>6</sup> Zur möglichen Zerlegung des Ginis für Bezieher und Nicht-Bezieher einer Einkommenskomponente siehe J. Goebel, P. Krause, J. Schupp: Mehr Armut durch steigende Arbeitslosigkeit: Niedriglöhne überwiegend als Zusatzeinkommen im Haushalt, DIW Berlin 2005, Wochenbericht Nr. 10.

**Abbildung 5**  
Veränderung der Verteilung bei verschiedenen  
Erwerbseinkommen<sup>1</sup> für Personen im Alter von  
25-64 Jahren 1985 bis 2006



<sup>1</sup> Erwerbseinkommen des Vorjahres, zu Preisen von 2005 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen im erwerbsfähigen Alter in privaten Haushalten. Vorjahresangaben: 1985-91 West, ab 1992 Gesamtdeutschland. Monatsangaben: 1985-89 West, ab 1990 Gesamtdeutschland.

Quellen: SOEP.

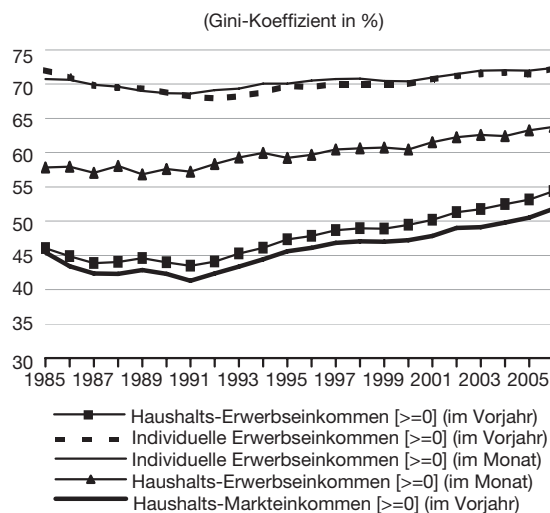
Haushaltsnettoeinkommen geben somit die entsprechenden Einkommen der privaten Haushalte nach Eingriff des Staates durch sozialstaatliche Maßnahmen wieder. Das Verhältnis beider Ungleichheits-Koeffizienten kennzeichnet den Prozentsatz der Ungleichheit, der durch sozialstaatliche Maßnahmen reduziert wurde und indiziert somit das Ausmaß sozialstaatlicher Redistribution.

Je nach Wahl des Einkommenskonzepts ergeben sich unterschiedliche Niveaus im Umfang sozialstaatlicher Umverteilung (Abbildung 6). Werden die jahresbezogenen Haushaltsmarkteinkommen mit den entsprechenden Nettoeinkommen verglichen, so liegt der Umfang der Umverteilung bei bis zu 45%.<sup>7</sup> Werden zudem die Renteneinkommen berücksichtigt, so reduziert sich der verbleibende jahresbezogene Umverteilungseffekt auf maximal 25%.

Ungeachtet der jeweiligen Betrachtungsweise werden somit die Ungleichheiten der jeweils am Markt erzielten Einkommen der privaten Haushalte in erheblichem Maße durch sozialpolitische Maßnahmen reduziert. Zudem zeigt sich bei allen Indizes gleichermaßen in Anbetracht steigender Ungleichheit der Haushalts-

<sup>7</sup> Der Umfang der Ungleichheit und die damit verbundene Redistribution variiert je nach dem, ob Markteinkommen bzw. die damit weitgehend einhergehenden Bruttoarbeitseinkommen im Haushalt auf Basis der Vorjahresangaben oder aber bezogen auf die zeitpunktbezogenen monatlichen Angaben betrachtet werden.

**Abbildung 6**  
Veränderung der Verteilung bei verschiedenen  
Erwerbseinkommen<sup>1</sup> 1985 bis 2006



<sup>1</sup> Haushaltseinkommen, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2005 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten. Vorjahresangaben: 1985-91 West, ab 1992 Gesamtdeutschland; Monatsangaben: 1985-89 West, ab 1990 Gesamtdeutschland.

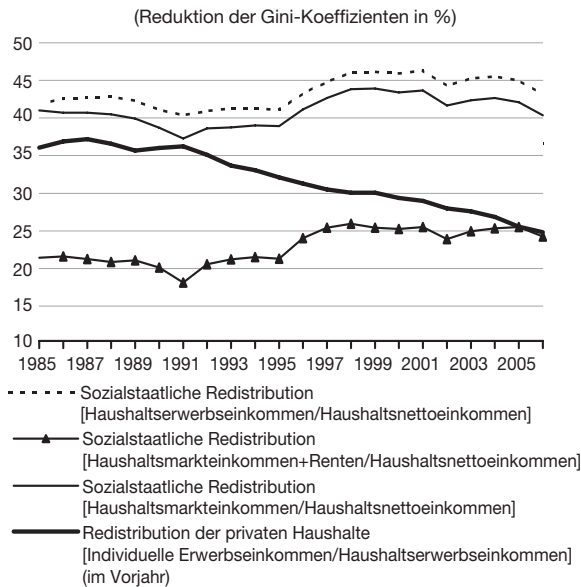
Quellen: SOEP.

markteinkommen vor allem in der zweiten Hälfte der 90er Jahre eine deutliche Zunahme der sozialstaatlichen Redistribution, die sich in den letzten Jahren auf gleichem Niveau weiter fortsetzt oder nur wenig sinkt. Die sozialstaatlichen Umverteilungseffekte sind demnach höher als noch in den 80er oder 90er Jahren, was auf Grund der progressiven Elemente im Steuer- und Transfersystem auch zu erwarten war. Zugleich wird jedoch die weiterhin steigende Ungleichheit der Haushaltsmarkteinkommen nicht mehr durch diese Umverteilungseffekte kompensiert. Eine zunehmende Ungleichheit der verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen ist die Folge und damit verbunden erhöhen sich derzeit auch die Armutsrisiken im unteren Einkommensbereich.

Der bisher beschriebene staatliche Umverteilungseffekt durch das Steuer- und Transfersystem wird ergänzt durch die Umverteilung der erwirtschafteten Ressourcen innerhalb des Haushalts. Weiterführende Analysen belegen allerdings, dass sich die Zusammensetzung der Erwerbsbeteiligung im Haushalt im Laufe der Jahre ebenfalls gewandelt und zu einer Verringerung dieser Umverteilungseffekte der privaten Haushalte geführt hat.<sup>8</sup> Im langjährigen Vergleich sind

<sup>8</sup> Vgl. P. Krause: Redistributive Impacts of Government and Private Household Activities – Trends in equivalized household net incomes and intra-household earnings in Germany, 1985 – 2005; Berlin 2007 (im Erscheinen).

**Abbildung 7**  
**Ungleichheitsreduzierung durch sozialstaatliche**  
**Maßnahmen und durch private Haushalte<sup>1</sup>**  
**1985 bis 2006**



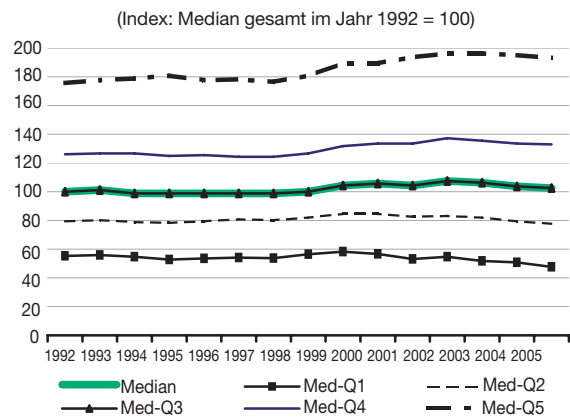
<sup>1</sup> Haushaltseinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2005 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten. Gesamtdeutschland.

Quellen: SOEP.

infolge der höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen zunehmend flexiblere Erwerbs- und Einkommenskonstellationen im Haushalt entstanden. Zwar erwirtschaften noch nach wie vor Männer meist den höheren Beitrag zum gemeinsamen Budget, daneben gibt es aber inzwischen eine breite Basis an mehr partnerschaftlichen Arrangements oder auch Haushaltskonstellationen, bei denen die Frauen den größeren oder alleinigen Anteil am Budget erzielen. Der primäre Umverteilungseffekt der privaten Haushalte, der dadurch entsteht, dass Erwerbstätige ihre Ressourcen im Haushalt mit Kindern, Älteren und anderen nicht- oder teilweise erwerbstätigen Haushaltsmitgliedern teilen, hat sich im Laufe der Jahre deutlich reduziert. Dies wird deutlich, indem die Reduzierung der Ungleichheit innerhalb der privaten Haushalte durch einen Vergleich der Gini-Koeffizienten von individuellen Erwerbseinkommen und den im Haushalt aggregierten Erwerbseinkommen gemessen wird, analog zur Vorgehensweise bei der Darstellung der sozialstaatlichen Redistrib. (vgl. Abbildung 7).<sup>9</sup> Hieraus geht eindeutig ein langfristiger Trend abnehmender Umverteilungseffekte

<sup>9</sup> Die monats- und jahresbezogene Berechnungsweise der Einkommen zeigen hierbei unterschiedliche Niveaus und variieren etwas im Grad der Abnahme, weisen aber denselben Trend auf.

**Abbildung 8**  
**Veränderung des Haushaltsnettoeinkommens<sup>1</sup>**  
**nach Quintilen<sup>2</sup> 1992 bis 2006**



<sup>1</sup> Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2005 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten. Gesamtdeutschland. <sup>2</sup> Quintile nach Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres; Median-Q3 deckungsgleich mit Median (gesamt).

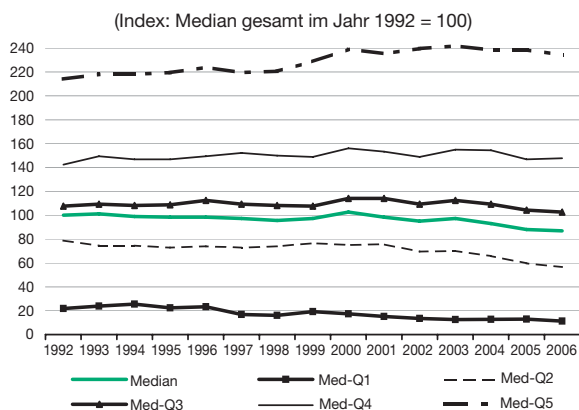
der privaten Haushalte hervor. Die Veränderung in der Zusammensetzung der Erwerbseinkommen und der Erwerbsbezieher innerhalb der Haushalte hat somit nicht unwesentlich zu der zunehmenden Ungleichheit zwischen den Haushalten beigetragen.

**Quintilspezifische Trends und konjunkturelle Entwicklungen**

Die jeweiligen Einkommensschichten haben in den letzten Jahren unterschiedliche Entwicklungen durchlaufen, die zu einer stärkeren Einkommensumverteilung geführt haben. Im Folgenden werden die jeweiligen Trends indiziert auf den jeweiligen Median des Jahres 1992 (=100) für die fünf Einkommensquintile der jahresbezogenen Haushaltsnettoeinkommen für verschiedene Einkommensaspekte nachvollzogen.

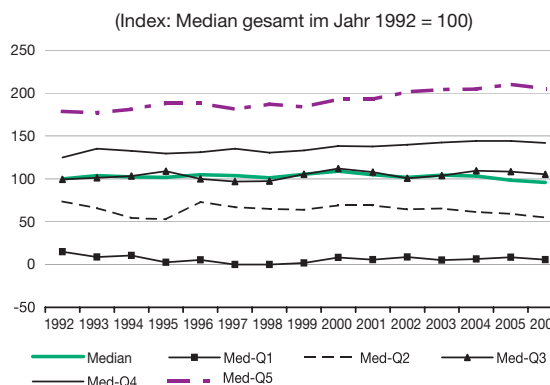
Abbildung 8 fasst nochmals die Trends der jeweiligen Einkommensschichten bis zum Beginn des Aufschwungs Mitte 2006 für die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zusammen. Die Haushaltsnettoeinkommen haben sich bis 2005 im mittleren Einkommensbereich im Verlauf der 90er Jahre real kaum verändert; ab 2000 erfolgt eine Erhöhung, die aber im Zuge der Rezession ab 2003 von Realeinbußen abgelöst wird. In den höheren Einkommensschichten ist nach 2000 eine stärkere Erhöhung zu beobachten, die auch in den Rezessionsjahren ab 2003 erhalten bleibt; in den unteren Einkommensschichten ist die Kaufkraft in den letzten Jahren zurückgegangen und ist jetzt niedriger als 1992. Diese zunehmende Ungleichheit rührt vor allem aus der Entwicklung der Markteinkom-

**Abbildung 9**  
Veränderung des Haushaltseinkommens<sup>1</sup>  
nach Quintilen<sup>2</sup> 1992 bis 2006



<sup>1</sup> Haushaltseinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2005 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten. Gesamtdeutschland. <sup>2</sup> Quintile nach Haushaltseinkommen des Vorjahres.

**Abbildung 10**  
Veränderung der individuellen Bruttoerwerbseinkommen<sup>1</sup>  
im Alter von 25-64 Jahren  
nach Quintilen<sup>2</sup> 1992 bis 2006



<sup>1</sup> Individuelle Erwerbseinkommen des Vorjahres, zu Preisen von 2005 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen im Alter von 25-64 in privaten Haushalten. Gesamtdeutschland. <sup>2</sup> Quintile nach Haushaltseinkommen des Vorjahres.

men, die sich seit 1992 deutlich polarisiert haben (vgl. Abbildung 9). Vor allem im untersten Quintil sind die Bruttoarbeitseinkommen umfassenden Markteinkommen im Haushalt seit Mitte der 90er Jahre gesunken. Die beiden darüber liegenden Quintile sanken ab 2000; d.h. die untere Hälfte der Einkommensverteilung weist im Jahr 2006 real geringere Einkommenswerte auf als noch 1992, wenn das Haushalts-Markteinkommen zugrunde gelegt wird. Im Gegensatz dazu sind in den beiden oberen Einkommensquintilen die Haushaltseinkommen bis Ende der 90er Jahre leicht gestiegen, stagnieren seitdem allerdings auf höherem Niveau. Diese Entwicklung stellt sich im Wesentlichen ähnlich dar, wenn zudem die Einkommen aus Rente berücksichtigt werden – die Realeinkommen liegen hierbei in den beiden unteren Quintilen unter dem Vergleichswert von 1992, im obersten Quintil jedoch inzwischen deutlich höher. Die Sozialtransfers haben sich seit Beginn der 90er Jahre deutlich erhöht, hiervon haben insbesondere die unteren Einkommensquintile profitiert.

Abbildung 10, schließlich zeigt, dass sich auch die mittleren individuellen Erwerbseinkünfte der Personen im erwerbsfähigen Alter von 25-64 Jahren seit 2000 real leicht rückläufig entwickeln. Im untersten Quintil liegen die individuellen Erwerbseinkommen nahe 0, im zweiten Quintil nehmen die Einkommen seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre kontinuierlich ab. Steigerungen der Erwerbseinkommen sind im vierten und vor allem fünften Quintil zu verzeichnen. Die bezogen auf die Gesamtbevölkerung im Haushaltskontext gezeig-

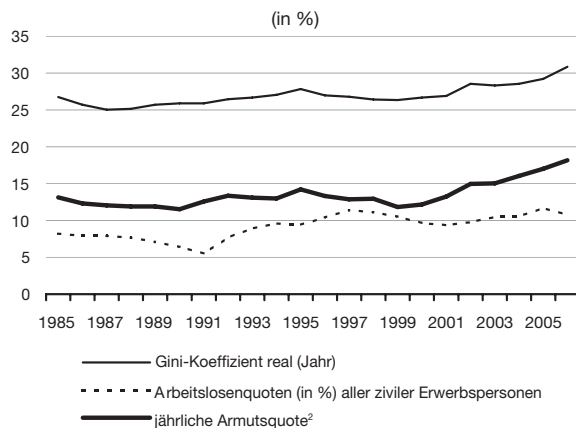
ten Polarisierungstendenzen finden am Arbeitsmarkt eine Entsprechung.

#### Ausblick

Inwieweit sich durch die aktuellen positiven konjunkturellen Einflüsse der derzeitige Trend zunehmender Einkommensungleichheit umkehrt, bleibt abzuwarten. Sicherlich haben die ungünstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen mit sinkendem Wirtschaftswachstum, realen Kaufkräfteinbußen und steigenden Arbeitslosenzahlen unmittelbar nach der Jahrhundertwende zu einer Verstärkung der zunehmenden Ungleichheit geführt (vgl. Abbildung 11). Angesichts der derzeit wiederum etwas günstigeren Konjunkturparameter und sehr günstiger Arbeitsmarktsignale sind somit auch wieder positive Einflüsse auf die weitere Entwicklung der Ungleichheit und Armutsrisiken in der Bevölkerung zu erwarten. Allerdings haben diese positiven Konjunktursignale derzeit noch nicht zu einer realen Erhöhung der Kaufkraft in der Bevölkerung geführt, an der alle Bevölkerungsteile partizipieren konnten. Der damit verbundene Kaufkraftdruck zur Erhaltung des Lebensstandards hat die privaten Haushalte zu immer flexibleren Einkommens- und Arbeitsarrangements geführt, die aber auch eine stärkere Differenzierung zwischen am Arbeitsmarkt mehr oder weniger erfolgreichen Haushalten und damit letztlich auch eine stärkere Ungleichheit zwischen den Haushalten bewirkt haben. Mit einer konjunkturellen Entspannung der weiteren Ungleichheitsentwicklung ist insofern erst dann zu rechnen, wenn daraus reale Einkommenszuwächse in der Bevölkerung entstehen, die auch die



**Abbildung 11**  
**Konjunkturindikatoren und Verteilungsmaße<sup>1</sup> in**  
**Deutschland 1985 bis 2006**



<sup>1</sup> Bezogen auf das Haushaltseinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten. Bis 1991 nur Westdeutschland. <sup>2</sup> 60% des Medians; bis 1991 nur Westdeutschland. <sup>3</sup> Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). Bis 1991 nur Westdeutschland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder; Bundesagentur für Arbeit; SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

unteren Einkommensschichten erreichen, und der Verteilungsdruck zwischen den Haushalten nachlässt.

### Fazit

Die seit 2000 bis zum Beginn des Aufschwungs Mitte 2006 zu beobachtende Zunahme der Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte beruht vor allem auf der bereits seit Beginn der 90er Jahre erfolgten starken Zunahme der Ungleichheit der Markteinkommen, die von allen Haushalten erzielt werden. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre konnte dieser Anstieg noch durch eine Erhöhung sozialstaatlicher Maßnahmen in seiner Wirkung auf die verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen gebremst werden, dies gilt aber nicht mehr für die weiterhin steigende Spreizung der Haushaltseinkommen in den letzten Jahren. Infolgedessen haben sich auch die Armutsrisikoquoten zuletzt spürbar erhöht.

Auslöser dieser Entwicklung ist die zunehmende Ungleichheit der individuellen Erwerbseinkommen der Männer, deren Ungleichheit sich seit Beginn der 90er Jahre kontinuierlich erhöht hat, verbunden mit einem langsamen Anstieg des Anteils von Männern im erwerbsfähigen Alter, die nicht (mehr) am Arbeitsmarkt partizipieren. Die erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen hat zwar die hohe Ungleichheit der Erwerbseinkommen der Frauen erheblich reduziert, zugleich ist aber auch bei den Frau-

en in den letzten Jahren ein starker Anstieg der eigentlichen individuellen Erwerbseinkommen zu beobachten. Die zunehmende Spreizung der individuellen Verläufe der Erwerbseinkommen hat sich im Haushaltskontext verstärkt und so zu einer Zunahme der Ungleichheit der Haushaltseinkommen geführt.

Ungeachtet dessen hat die seit Beginn der 90er Jahre bis Mitte 2006 anhaltende Stagnation der Realeinkommen zu Umverteilungen zwischen den Haushalten geführt. Der Anteil der Haushalte, in denen keine Person oder aber beide Haushaltsvorstände nur mehr geringfügig am Arbeitsmarkt teilnehmen, hat sich ebenso erhöht wie der Anteil derjenigen Haushalte, bei denen ein oder beide Haushaltsvorstände erfolgreich am Arbeitsmarkt agieren. Infolgedessen haben sich die Haushaltseinkommen langfristig polarisiert.

Eine schnelle Umkehrung dieser Entwicklung hin zu wieder egalitäreren Verteilungsniveaus und sinkenden Armutsrisiken ist derzeit nicht zu erwarten. Anhaltend positive konjunkturelle Entwicklungen würden sicherlich die Situation spürbar entspannen, insbesondere dann, wenn auch im unteren Einkommensbereich wieder Realeinkommenssteigerungen erfolgten.

Aus gesellschafts- und sozialpolitischer Sicht erscheinen vier Maßnahmen erforderlich, um die derzeit ungebrochen anhaltende Zunahme der Ungleichheit zu bremsen und mittelfristig wieder umzukehren:

1. ein (weiterhin) hohes sozialpolitisches Engagement des Staates zur Dämpfung der Effekte fehlender Markteinkommen im unteren Einkommensbereich, um weiteren Verarmungstendenzen entgegenzutreten;
2. eine stärkere sozialpolitische Berücksichtigung des Zusammenhangs von individueller Arbeitsmarktteilnahme und der Struktur des Haushalts. Insbesondere die Auswirkungen auf das haushaltsspezifische Wohlstandsniveau in einer Situation, in der sich etwa keine oder unzureichende Erwerbseinkommen im Haushalt kumulieren;
3. Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Bevölkerungsschichten bis hin zum mittleren Einkommensbereich zur Verstärkung der Befähigung zur Teilnahme am Arbeitsmarkt;
4. eine Reduzierung der Ungleichheit im Lohngefüge mit einer Dämpfung extremer Abweichungen nach oben und vor allem einer klug abgewogenen Anwendung von Mindestlöhnen, die ein Abrutschen von Nettolöhnen einerseits und den Verlust von Arbeitsplätzen durch zu hohe Löhne andererseits verhindert.